

Perspektiven für einen neuen Staat

Tagung zum Thema Südsudan

Am 9. Juli wird der Südsudan unabhängig. Die Schweizerische Friedensstiftung Swisspeace hat an einer Veranstaltung in der Universität Bern über die Herausforderungen informiert, denen sich Juba und Khartum nach dem 9. Juli stellen müssen.

pab. Bern · «Wenn diesen Samstag der Südsudan seine Unabhängigkeit erhält, ist dies ein Moment historischer Tragweite, doch bei weitem nicht die Lösung aller Probleme.» Mit diesen einleitenden Worten nahm der für die Friedensstiftung forschende Politikwissenschaftler David Lanz die Grundaussage der Informationsveranstaltung vorweg. Die Referenten des von Swisspeace und der Sudan-Plattform, einem von Lanz und der Sozialanthropologin Martina Santschi betreuten Forum, organisierten Anlasses waren sich darüber einig, dass die Unabhängigkeit des Südens nur ein Etappenziel im sudanesischen Friedensprozess darstellt.

Fehlende nationale Identität

Der südsudanesischer Afrikanist Jok Madut Jok, der nach mehrjähriger akademischer Tätigkeit in den USA nun für das Kulturministerium in Juba arbeitet, strich die Wichtigkeit der Schaffung einer nationalen Identität für den heterogenen Südsudan heraus, dessen Bewohner sich in erster Linie über ihre Stammeszugehörigkeit definieren. Madut wies darauf hin, dass nach der Loslösung von Khartum die Südsudanesen ohne gemeinsamen Feind und deshalb auch ohne gemeinschaftsstiftende Idee dastünden. Er warnte vor ethnisch motivierten Kämpfen im Süden.

Auch der Nordsudan wird nach Jubas Abspaltung weiterhin ein heterogener Staat bleiben. Während Madut verlangte, die Südsudanesen müssten zu einer neuen gemeinsamen Idee zusammenfinden, gewissermassen als Ersatz für den verlorenen Feind im Norden, warnte sein Nachredner Mohammed Majub Harun, Mitarbeiter des Friedensforschungsinstitutes in Khartum, davor, im Norden «einen neuen Süden», das heisst ein marginalisiertes Gebiet, entstehen zu lassen. Auch Khartum muss sich nach dem 9. Juli ein Stück weit neu erfinden, wenn es an der Peripherie im Westen und Süden die Probleme der Vergangenheit vermeiden will. Ob dies der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchte Präsident Bashir wirklich anstrebt, ist freilich fraglich. Das momentane Kriegsgeschehen in Südkordofan weist in eine andere Richtung.

Natürlich stellen sich neben Identitätsfragen eine Reihe weiterer Probleme. Die Grenzziehung zwischen dem Norden und dem Süden ist ungeklärt, die Aufteilung der Öleinnahmen und der Staatsschulden ist umstritten, Rebellen in den Nuba-Bergen sehen sich als Verlierer des Friedensprozesses, da sie vom Norden bekämpft, vom Süden aber nicht mehr unterstützt werden.

Schweizer Engagement

Angesichts dieser Herausforderungen betonte der Sudan-Sonderbeauftragte des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Michael Winzap, den Willen der Schweiz, ihre friedenspolitische Arbeit in der Region fortzusetzen. Winzap unterstrich die Bedeutung einer ausgeglichenen Schweizer Präsenz in beiden sudanesischen Staaten. Winzaps Verweis auf den beträchtlichen Umfang des friedenspolitischen

Engagements der Schweiz im Sudan ist zu relativieren, da mehr als zwei Drittel der 70 Millionen Franken auf obligatorische Beiträge an die Kosten der Uno-Präsenz im Land entfallen. Auf die ungeklärte Zukunft der Uno-Mission im Sudan oder auf die sich aus der internationalen Ächtung Bashirs ergebenden Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit mit dessen Regime ging Winzap nicht ein.

In: NZZ vom 6 Juli 2011, Seite 9.